

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.05.2024
Beginn der Sitzung: 17:02 Uhr
Ende der Sitzung: 18:18 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Martens, Michael

SPD-Fraktion
Davids, Walter
Rosema, Swantje (bis 17:55 Uhr)
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor für Detlef Kruse

CDU-Fraktion
Falbe, Ole für Albert Ohling
Hegewald, Reinhard

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Göring, André
Nützel, Christian

FDP-Fraktion
Meyer, Henning

Die PARTEI
Greving, Hagen

Beratende Mitglieder
Lübben, Ernst (ab 17:05 Uhr)
Meyer, Sandra für Hinrich Nannen
Sander, Frida Leiterin des Polizeikommissariats Emden

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Knochenhauer, Annett
Raveling, Heike
Friesenborg, Monika
Janssen, Harald
Schuster, Holger
Post, Hinrich

Protokollführung
Wilts, Katrin

Gast
Grund, Jörg

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Martens begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Martens führt aus, dass Herr Meyer darum bitte, den TOP 7 in der Behandlung vorzuziehen, um den anwesenden Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr ein frühzeitiges Verlassen der Sitzung zu ermöglichen.

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 14.11.2023

Beschluss: Das Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 14.11.2023 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Vorstellung der Bundeswehr
- Kreisverbindungskommando Emden
Vorlage: 18/1203

Frau Knochenhauer begrüßt Herrn Oberstleutnant Jörg Grund und bedankt sich für dessen Bereitschaft, die Aufgaben des Kreisverbindungskommandos (KVK) Emden in diesem Ausschuss vorzustellen.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Nach zunächst persönlicher Vorstellung einschl. Informationen über seinen bisherigen beruflichen Weg stellt **Herr Grund** das KVK Emden und dessen Aufgaben und Zuständigkeiten anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Diese Präsentation ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Herr Hegewald bedankt sich bei Herrn Grund für den umfassenden Vortrag. Er selbst gehöre als Offizier ebenfalls der Reserve dem KVK Emden an. Da er nicht davon ausgehe, dass allgemein bekannt sei, dass es in jedem Kreis und jeder Stadt ein KVK gebe, begrüße er diesen Vortrag in diesem Gremium. Den Vortrag ergänzend führt er aus, dass es im KVK Emden entgegen der allgemeinen Vorstellung von der Bundeswehr keinerlei Waffen gebe. Mit 65 Jahren, so Herr Hegewald weiter, müsse ein Ausscheiden zwingend erfolgen und dieses betreffe beim KVK Emden in naher Zukunft einige Personen. Vor diesem Hintergrund werbe er in diesem Kreis dafür, dass sich mögliche Interessenten aus dem Familien-, Bekannten- oder Kollegenkreis gerne bei Herrn Grund oder ihm melden dürfen. Mögliche Interessenten, die nicht zwangsläufig Soldaten sein müssen, sollten neben einer vorhandenen Fachlichkeit insbesondere auch Kenntnisse über die Region mitbringen, da es im Ernstfall darum gehe, schnell die erforderlichen Kontakte herzustellen. Der Zeiteinsatz mit rd. 3 bis 5 Abenden im Jahr bzw. den ein oder anderen Samstag halte sich dabei in Grenzen.

Herr Göring dankt für diese ihm bisher nicht bekannten Informationen und betont die Wichtigkeit der möglichen und sehr wertvollen Unterstützungsleistungen des Kreisverbindungskommandos.

Herr Meyer schließt sich dem Dank an. Er selbst sei als ehemaliger den freiwilligen Wehrdienst-Verlängerer mit erfolgten Auslandseinsätzen in Usbekistan und Afghanistan von dem Thema nicht weit entfernt. Ihn würde interessieren, wie Reservisten gewonnen werden und ob bereits die Ableistung des Wehrdienstes für eine Tätigkeit beim KVK ausreiche.

Herr Grund antwortet, dass die Gewinnung auf verschiedenen Wegen erfolge. In Teilen erfolgen direkte Anfragen durch die Karrierecenter, d. h. die früheren Kreiswehrratsämter. Oder aber die in Hannover angesiedelte Personalabteilung erhält vom Karrierecenter Daten von in Betracht kommenden Personen, mit denen dann Kontakt aufgenommen werde. Auch werde der Status eines Zeitsoldaten nicht vorausgesetzt. Es sei richtig, dass der kleinste Dienstgrad in einen Verbindungskommando der Feldweibel sei. Aber es habe beim KVK Emden auch schon Staatsunteroffiziere gegeben, die zum Feldweibel ausgebildet worden seien. Ein Reservist werde aber nicht schneller befördert als ein aktiver Soldat. Eine solche erfolge immer in Abhängigkeit der Dienstzeit, der Ausbildung und der Übertragung eines entsprechenden Dienstpostens. Der Plan, sich nur als Reservist zur Verfügung zu stellen, um eine möglichst schnelle Beförderung zu erhalten, funktioniere nicht.

Herr Strelow spricht ebenfalls seinen Dank für den Einblick in die Aufgaben des KVK Emden aus und fragt, ob derzeit alle Dienstposten besetzt seien und damit die Einsatzbereitschaft gesichert sei. Er unterstreicht die Wichtigkeit der Gewinnung von Reservisten und befürwortet damit das derzeitige Vorgehen des Bundesverteidigungsministers, u. a. auch wieder Heimatschutzverbände zu gründen und aktiv zu besetzen. Abschließend dankt er für die Tätigkeit, die ehrenamtlich unter Einsatz der Freizeit auch an den Wochenenden erfolge.

Auch **Frau Rosema** bedankt sich für die Vorstellung und fragt, wie sich die Übungen inhaltlich darstellen.

Herr Grund beantwortet die Fragen dahingehend, dass im Verbindungskommando Emden zurzeit acht Soldaten tätig seien, womit sich vier unbesetzte Stellen ergeben, allein zwei davon im Sanitätsdienst. Ein Treffen finde mindestens einmal im Quartal statt, in denen u. a. Sachstände überprüft, Verfahrensabläufe auch unter Betrachtung weiterer Stellen wie z. B. THW und Polizei besprochen oder aber auch Übungen mit dem BOS-Funk abgehalten werden. In Emden gehe es

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

dabei ganz entspannt zu, wohingegen z. B. in Wittmund mit den deutlich jüngeren Soldaten auch draußen Übungen wie z. B. Rettungsmaßnahmen erfolgen würden.

Herr Nützel interessiert nach zuvor ausgesprochenem Dank für die Ausführungen, ob ein Verbindungskommando auch aufgelöst werden könne, wenn es keine Nachrücker gebe bzw. welche anderen Möglichkeiten dann in Betracht kämen.

Herr Grund antwortet, dass Verbindungskommandos auch in solchen Fällen nicht abgeschafft würden. Bei Bedarf würde eine Unterstützung von außen erfolgen, sei es durch benachbarte Kreisverbindungskommandos oder auch durch Verstärkungstruppen über die Landeskommmandos. Zudem können auch nicht besetzte Reservistenstellen durch aktive Soldaten ausgefüllt werden. Die Schichtfähigkeit sei damit immer gewährleistet.

Herr Martens dankt abschließend Herrn Grund für sein Erscheinen und seine Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 6 Fußgängerüberwege;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.04.2024
Vorlage: 18/1202

Herr Strelow stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor und macht abschließend deutlich, dass er sich über eine Unterstützung dieses Antrags durch die anderen Fraktionen freuen würde.

Herr Post führt die Stellungnahme der Verwaltung laut Vorlage aus, wonach insgesamt die Einrichtung weiterer Fußgängerüberwege als nicht möglich und nötig angesehen werde.

Herr Strelow zeigt sich mit dieser Stellungnahme nicht einverstanden und bekräftigt aus Gründen der Sicherheit den Antrag auf Einrichtung der aufgeführten Zebrastreifen. So könne er die Begründung, dass mit dem genannten zusätzlichen Zebrastreifen in der Neutorstraße der fließende Verkehr langsamer würde, nicht nachvollziehen. Dieser müsse in jedem Fall anhalten, wenn dort Personen die Straße queren. Des Weiteren sehe er eine Gefährdung der Fußgänger*innen, die den Rathausplatz im Bereich der Delfttreppe überqueren möchten; dieses insbesondere in der Sommerzeit, wenn die Delfttreppe zum Verweilen genutzt werde. Die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf der Straße „Am Delft“ halte er für sehr positiv, trotzdem sehe er auch hier aufgrund der starken Frequentierung durch Fußgänger*innen die Notwendigkeit eines Zebrastreifens.

Herr Post weist darauf hin, dass bei den eingerichteten Querungshilfen im Bereich der Neutorstraße der fließende Verkehr Vorrang habe und keine Anhaltepflicht bestehe. Ein sicheres Überqueren der Straße sei insbesondere auch durch den Schutz der Blumenkübel möglich sowie weiterhin auch über die in unmittelbarer Nähe eingerichteten Fußgängerüberwege. Würden in diesem Bereich mehr Fußgängerüberwege in Form von Zebrastreifen eingerichtet, würde der fließende Verkehr zum Erliegen kommen. Dieses Ergebnis sei Ausfluss einer gemeinsamen Begutachtung durch die Verkehrskonferenz, die den Bedarf zusätzlicher Fußgängerüberwege derzeit nicht sehe. Jedoch erfolge über ein dauerhaftes Monitoring eine fortlaufende Begutachtung dieses Bereichs, sodass bei Bedarf andere Maßnahmen ergriffen würden. Diese Begutachtung erfolge immer auch im Rahmen der Gesetze und hänge nicht vom Willen der Verwaltung ab. Vorgebrachte Gefahrenszenarien können derzeit nicht bestätigt werden, sollten sich solche ergeben, würde dieses ein sofortiges Handeln nach sich ziehen. Zur nochmaligen

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Erhöhung der Sicherheit ziehe er jedoch in Erwägung, in Absprache mit der Polizei und dem BEE die aufgestellten Kübel nach dem Matjesfest ggf. anders anzuordnen.

Nach Meinung von **Herr Göring** führe die Ampelanlage am Rathaus zu Verunsicherungen, da er vielfach Fußgänger*innen sehe, die augenscheinlich davon ausgehen, dass es sich um eine Bedarfsampel handele. Auch nehme er eine Verunsicherung des fließenden Verkehrs dahingehend wahr, inwieweit den Überquerenden Vorrang einzuräumen sei. Den Antrag der SPD-Fraktion unterstütze er, nehme aber auch die von Herrn Post gemachten Ausführungen zur Kenntnis, wonach die Sicherheit aktuell gewährleistet sei. Sollten sich in der Zukunft Unfälle häufen, würde eine neue Betrachtung stattfinden müssen.

Herr Hegewald erachtet diese auch von ihm wahrgenommene Verunsicherung in Teilen auch als hilfreich, da diese seinem Eindruck zufolge zu einer erhöhten Vorsicht der Verkehrsteilnehmer*innen führe. Seine Fraktion vertraue dem Sachverstand und der Sachkenntnis der Verwaltung und unterstütze damit deren erfolgte Stellungnahme.

Herr Nützel unterstützt den vorliegenden Antrag ebenso, macht aber darauf aufmerksam, dass sich es um eine Mitteilungsvorlage handele. Unter Beachtung des Sicherheitsaspektes sowie den gesetzten Zielen, den PKW-Individualverkehr möglichst aus der Innenstadt herauszuhalten und die dortige Aufenthaltsqualität zu verbessern, würde er die Einrichtung weiterer Fußgängerüberwege begrüßen.

Herr Meyer fragt nach dem Sachstand der Anfrage seiner Fraktion, die die Prüfung einer Versetzung der zwei abgeschalteten OTTO-Ampeln auf dem Rathausplatz zur Kunstpromenade zum Inhalt haben.

Herr Post gibt bekannt, dass dieses seiner Information zufolge nunmehr in der kommenden Woche durch den beauftragten Servicedienstleister umgesetzt werden solle.

Anmerkung der Protokollführung: Dieses ist zwischenzeitlich erfolgt.

Herr Davids bemängelt die Abschaltung der Ampel direkt am Rathaus und sieht da Gefahrenpotenzial, dieses insbesondere auch für Radfahrer*innen, die dann zum Ausweichen mit ihrem Fahrrad den Zebrastreifen überfahren. Einen Fußgängerüberweg im Bereich der Delfttreppe begrüße er.

Herr Post weist daraufhin, dass die Abschaltung der Lichtsignale aufgrund der vielen Stausituationen auch auf politische Initiative hin erfolgt sei. Zudem weist er daraufhin, dass Radfahrer*innen, wenn sie vom Rathausplatz nach links auf die Neutorstraße fahren wollen, auch den Zebrastreifen nutzen können. Ein Vorrang bestehe aber nur dann, wenn sie vom Fahrrad absteigen und diesen als Fußgänger*in überqueren.

Frau Meyer spricht einen Sachverhalt an, nach der von einer blinden Bürgerin vorgetragen worden sei, dass diese aufgrund der vorgenommenen Ampelabschaltungen kein akustisches Signal mehr vernehmen könne. Erschwerend komme hinzu, dass auch Elektroautos von blinden Personen akustisch nur erschwert wahrgenommen werden können. Dieses Anliegen habe sie der Verwaltung gegenüber angesprochen und lobe an dieser Stelle ausdrücklich deren diesbezügliches Vorgehen.

Im Weiteren ergibt sich eine Diskussion zwischen den **Herren Strelow, Jahnke und Post** zur gewählten Form der Mitteilungsvorlage. **Herr Strelow** bemängelt, dass durch eine Abstimmung ein klares Meinungsbild hätte erzielt werden können und sieht hier eine Verweigerung der Verwaltung, zu einer konkreten Verbesserung in der Innenstadt beizutragen. Er könne nun nur hoffen, dass es zu keinen Unfällen komme. Die **Herren Jahnke und Post** machen deutlich, dass es sich hierbei um eine Aufgabe aus dem übertragenen Wirkungskreis handele, die zum Geschäft

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

der laufenden Verwaltung gehöre und damit kein Raum für eine Beschlussfassung vorhanden sei. **Herr Erster Stadtrat Jahnke** macht abschließend deutlich, dass die Verwaltung immer offen für Belange und Ideen sei, die die Verkehrssicherheit betreffe, diese stetig in der Verkehrskonferenz behandle und bei Bedarf ein regelmäßiges Monitoring vornehme mit dem Ziel, bei Bedarf Veränderungen vorzunehmen. So sei auch der politische Wunsch der Politik zur angesprochenen Ampelabschaltung behandelt und nach Prüfung umgesetzt worden. Die Entscheidung und damit auch die Verantwortung liege aber immer bei der Verwaltung.

*Anmerkung der Protokollführung: Nach nochmaliger Prüfung und Vornahme eines Monitorings durch die Verkehrskonferenz wurde in der Zwischenzeit zur Steigerung des Sicherheitsgefühls von Fußgänger*innen ein weiterer Fußgängerüberweg zwischen der Oldersumer Straße und dem Stadtgarten eingerichtet.*

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Feuerwehrhaus Borssum;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.02.2024
Vorlage: 18/1204

Seitens der FDP-Fraktion erfolgen keine weiteren Ausführungen zur Vorlage.

Herr Janssen führt einfürend aus, dass sich die derzeitige Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehr Borssum als sehr positiv darstelle. So betrage die Gesamtstärke aktuell 89 Mitglieder, von denen 33 Mitglieder, davon 7 weiblich, auf die Einsatzleitung entfielen. Die in den letzten Jahren gegründeten Jugend- und Kinderfeuerwehren verfügen über 27 bzw. 15 Mitglieder. Die Alters- und Ehrenabteilung verfüge über neun Mitglieder und die Anzahl der sonstigen Mitglieder betrage fünf, alle weiblich. Allerdings trage diese positive Entwicklung der Mitgliederzahlen bei gleichzeitiger Erhöhung der Frauenquote zu einer maßgeblichen Verschärfung der bereits schon vorher vorhandenen Platzprobleme bei. Zudem haben auch die Abmessungen der Einsatzfahrzeuge zugenommen, wobei Herr Janssen ausdrücklich betont, dass die Ortsfeuerwehr Borssum über den modernsten Fahrzeugpark verfüge. Im Rahmen einer Umorganisation der Räumlichkeiten stehe mittlerweile ein Raum als Damenumkleide zur Verfügung, der noch renoviert und hergerichtet werden müsse. Dadurch habe ein Werkstatt- und Lagerraum aufgegeben werden müssen. Dieses könne jedoch übergangsweise in Kauf genommen werden, da ein Fahrzeuganhänger in der neuen Katastrophenschutzhalle untergebracht werde. Hierdurch entstehe wiederum eine zusätzliche Bewegungsfläche in der Fahrzeughalle. Herr Janssen schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis ab, dass der Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses in Borssum in die Planung des Städtebauförderungsprogrammes „Soziale Stadt“ mit aufgenommen werden solle, um mögliche Fördergelder für den Neubau zu generieren.

Herr Meyer erachtet das Arrangement der Ortsfeuerwehr Borssum als nicht selbstverständlich und sieht es als Zeichen der Wertschätzung, wenn nun endlich das Signal einer Inangriffnahme gezeigt werde. Es brauche Lösungen und einen festen Zeitplan, damit es nicht so wie in der Krummhörn vor ca. 2 Jahren passiere, dass alle Feuerwehrleute mangels eines adäquaten Feuerwehrhauses ihr Ehrenamt niederlegen wollen. Mit Blick auf die heute anwesenden Kameradinnen und Kameraden hoffe er auch, dass dieses nun deutlich geworden sei.

Herr Strelow begrüßt ebenso ausdrücklich den Bau eines neuen Feuerwehrhauses und hebt die damit verbundene Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement der Kameradinnen und Kameraden der Ortsfeuerwehr Borssum nochmals hervor. Ihn interessiere, ob es bereits eine ausgewiesene Fläche gebe und wie die genaue Zeitplanung aussehe, zumal die entsprechenden Kosten in den Haushalt noch einzuplanen seien.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Jahnke merkt an, dass die Haushaltsplanung für dieses Jahr sowie auch die mittelfristige Finanzplanung der nächsten drei Jahre bekannt seien. Ein Neubau für die Ortsfeuerwehr Borssum sei dort bislang nicht aufgenommen und das Investitionsprogramm gebe einen solchen auch nicht her. Wie bereits an anderer Stelle schon kommuniziert, werde versucht, erforderliche Mittel über das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ abzubilden. Gleichwohl es bereits verschiedene Ansätze und Überlegungen gebe, stehe der mögliche Ort für einen Neubau noch nicht fest. Der notwendige und zwingende Handlungsbedarf werde sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung gesehen, trotzdem gebieten die Wahrheit und Klarheit – bei aller Wertschätzung für das Engagement der Kameradinnen und Kameraden – ehrlich zu sagen, dass in den kommenden zwei bis vier Jahren ein Neubau nicht realisierbar sei. Herr Jahnke macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass in Borssum neben dem Neubau eines Feuerwehrhauses weitere massive Herausforderungen anstünden und nennt als Beispiel den Anbau und die Sanierung für die Westerburgschule, die allein bereits mit zweistelligen Millionenbeträgen zu Buche schlagen. Auch die geforderte Aufstellung eines Rahmenplans für das Programm „Soziale Stadt“ werde zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen, bevor mit der Umsetzung von Einzelmaßnahmen begonnen werden und mit etwaigen Fördermittelgebern Verhandlungen aufgenommen werden können. Somit habe sich, so Herr Jahnke abschließend, an dem aktuellen und auch immer wieder kommunizierten Sachstand, dass eine kurzfristige Lösung nicht herbeizuführen sei, nichts geändert.

Herr Falbe teilt mit, dass auch er - insbesondere in seiner Funktion als Feuerwehrmann - den dringenden Bedarf eines Neubaus sehe, er auf der anderen Seite in seiner Funktion als Ratsherr aber auch die finanziellen Möglichkeiten beachten müsse, die derzeit klar erkennen ließen, dass sich eine Finanzierung als schwierig erweise.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Knochenhauer teilt den aktuellen Sachstand zur Nachfolgebesetzung der im März freigewordenen Schiedsamtstelle im Schiedsamt I mit. Am vergangenen Dienstag habe für die erfreulich vielen Interessentinnen und Interessenten eine Informationsveranstaltung stattgefunden, an der auch Frau Eilers, Schiedsfrau im Schiedsamtbezirk II, sowie Herr Kunert als Bezirksvorsitzender im Kreis Aurich vom Bund der Deutschen Schiedsmänner und -Frauen teilgenommen haben. Dem Rat werde in seiner Sitzung am 13.06.2024 aus diesem Kreis eine Person zur Wahl vorgeschlagen. Nach erfolgter Wahl müsse die gewählte Person vom Direktor des Amtsgerichts Emden noch verpflichtet werden, bevor sie ihre Tätigkeit als Schiedsperson aufnehmen könne. Weiterhin teilt sie mit, dass sich die im Jahre 2021 beschlossene Aufwandsentschädigung für die Schiedspersonen in Höhe von 25,00 monatlich aus verschiedenen Gründen als nicht auskömmlich erweise, sodass eine Erhöhung vorgeschlagen werde. Die genaue Höhe stehe noch nicht abschließend fest und werde über die Vorlage bekanntgegeben.

TOP 9 Anfragen

Herr Davids bringt auf Bitte des Betreibers des Kindergartens Burgplatz vor, dass der direkt vor dessen Haupteingang gelegene, sehr gerade verlaufene Weg von Radfahrern – auch mit E-Bike - mit in Teilen sehr hohem Tempo genutzt werde. Es werde hier eine erhöhte Unfallgefahr insbesondere für Kinder gesehen, die den Kindergarten verlassen. Auch vermute er, dass vielen ggf. nicht bekannt sei, dass dort ein Kindergarten ansässig sei. Er fragt nach Möglichkeiten, die gefahrene Geschwindigkeit zu verlangsamen und nennt als Beispiele Pflanzkübel auf dem Weg oder hilfreiche Beschilderungen.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Post erläutert, dass bei der Freigabe von u. a. Fußwegen für Radfahrer*innen mit dem Hinweisschild „Radfahrer frei“ Schrittgeschwindigkeit eingehalten werden müsse. Bis vor ca. vier Jahren sei das Radfahren dort nicht erlaubt gewesen. Nachdem es aber eine politische Sammelanfrage gegeben habe, sei in Abstimmung mit der Verkehrskonferenz die Freigabe für Radfahrer*innen erfolgt. Dieses geschah mit dem Ziel der Förderung des Radverkehrs, gleichwohl seien aber auch Bedenken wegen des dortigen Kindergartens geäußert worden. Er werde aber dem BEE diese Anfrage vorbringen und um Prüfung etwaiger Möglichkeiten bitten.

Anmerkung der Protokollführung: Nach zwischenzeitlicher Prüfung wurde festgestellt, dass der Weg durch Lieferfahrzeuge für den Kindergarten befahren werden muss. Dieses wäre bei Einbringung etwaiger Elemente nicht mehr möglich. Auch hat ein regelmäßiges Monitoring durch den FD-Straßenverkehr und Ausländerbehörde die geschilderten Verstöße der Radfahrer nicht bestätigt.

Herr Strelow teilt mit, dass der in der Nordertorstraße auf die Fahrbahn aufgebrachte Geschwindigkeitshinweis „30“ verwischt sei und bittet zur Prüfung um Weitergabe an den BEE.

Anmerkung der Protokollführung: Die Markierung wurde zwischenzeitlich erneuert.

Herr Meyer berichtet, dass er von Anwohnern im Straßenbereich Am Treckfahrtstief mit den abbiegenden Straßen Claas-Tholen-Straße und Seumestraße angesprochen worden sei, dass durch die dortige 30er Zone zu schnell gefahren werde und es bereits des Öfteren zu brenzlichen Situationen gekommen sei.

Herr Post bietet eine Ortsbegehung und die Möglichkeit an, dort Seitenmessradare zur Darstellung der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeit einzusetzen. Über das Ergebnis würde er anschließend in diesem Ausschuss berichten. Er macht aber darauf aufmerksam, dass sich vielfach die gefühlte Wahrnehmung einer Geschwindigkeit wesentlich höher darstelle als die tatsächlich gefahrene. Auch weist Herr Post darauf hin, dass diese Beschwerden nicht neu seien und im Rahmen einer bereits erfolgten Überprüfung kein erhöhtes Geschwindigkeitsniveau festgestellt werden konnte.

Herr Nützel fragt an, ob in der Straße Am Delft mit der bereits lobend erwähnten nunmehr geltenden Geschwindigkeit von 30 km/h eine Zeitlang der Hinweis erfolgen könne, dass nun eine geänderte Geschwindigkeit gelte. Es bestehe der Eindruck, dass diese Änderung nicht von allen Auto- und Motorradfahrern wahrgenommen werde, mit der Folge, dass zu schnell gefahren werde.

Herr Post gibt bekannt, dass in Zusammenarbeit mit einer beauftragten Firma mögliche Markierungen bereits geprüft werden. Auch seien Geschwindigkeitsmessungen denkbar, diese allerdings nicht in unmittelbarem Anschluss an die Änderung der Regelung.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.